

Frankenberger Tageblatt

Bezirks-  Anzeiger

Amtsblatt für die Königl. Amtshauptmannschaft Flöha, das Königl. Amtsgericht und den Stadtrat zu Frankenberg

Berantwortlicher Redakteur: Ernst Roßberg sen. in Frankenberg i. Sa. — Druck und Verlag von L. G. Roßberg in Frankenberg i. Sa.

Nr. 241

Dienstag den 15. Oktober 1918

77. Jahrgang

Männer und Frauen von Frankenberg!

Eher schreitet die Weltgeschichte jetzt über unser Vaterland. Die Lage des deutschen Volkes ist ernst, schwer und aufgewühlt, aber nicht gefährlich und verzweifelt, wie äußere und innere Feinde in ihrer Bosheit und schwächliche Deutsche in ihrer Kraftlosigkeit es uns glauben machen wollen. Bis vor Kurzem hat das deutsche Volk in Waffen und dahinter beispiellose Heldentaten vollbracht und Beweise einer unerschütterlichen Tatkraft gegeben; und auf einmal soll es zusammengebrochen sein? Die eingetretene Nervenkrisis muss überwunden werden, und das deutsche Volk kann es, wenn es will. Wir schöpfen aus der bisherigen Friedenszeit des neuen deutschen Reiches und den vier Kriegsjahren mit ihren unerhörten Leistungen unseres Volkes, die von den Vätern des Erdballes willig und widerwillig anerkannt werden, den festen Glauben an uns. Hinzu wieder mit aller Wohlgefälligkeit, die dem deutschen Volke so gar nicht ansteht! Gewiss hat der Krieg immer größere Ansprüchen an unser Blut und Gut gestellt. Der Feinde Überzahl, die Millionen über Millionen Kampftruppen und allen Erdteilen gegen uns zusammengetrieben haben und für welche die ganze Welt Kampfverzwege zu liefern gedrängt worden ist, macht uns den Widerstand bitter schwer, zumal wir uns mehr und mehr an unsre eigene Kraft angewiesen sehen; manche Vorgänge im Innern sind Hemmungen geworden. Aber ebenso leidet die Feinde, trotz ihrer Abwendung. Und so hat die menschliche Erwägung, dass es eine Sünde gegen die Völker bedeutet und nutzlos ist, sich gegenwärtig anzutreiben, und die Erkenntnis, dass sich alle nach einem Ende des grauenhaften Mordens sehnen, aber nicht das Gefühl der Schwäche unsre Regierung und die Heeresleitung veranlasst, dem Feinde Waffenstillstand und Frieden vorzuschlagen. Dazu bedürfte es natürlich der Zurückstellung gewisser Kriegsziele und des Entgegenkommens. Wir haben dabei die felsenfesteste Zuversicht, dass unsere vom ganzen Volke verehrten Heerführer Hindenburg und Ludendorff wie die Führer unserer heldenhaften Armeen, denen keine Aufgabe unseres Verteidigungskampfes zu schwer wäre, aus rechterlicher Erwägung und nur unter starker Wahrung der Ehre des deutschen Reiches ihre Zustimmung gegeben haben, und wir dürfen und wollen auch der jetzigen Regierung, mag der Einzelne sich zu der neuen innerpolitischen Entwicklung nach seinem Gewissen stellen wie er will, unser Vertrauen auf ihre edliche Absicht, den Ehrenschild des deutschen Volkes blank zu erhalten, entgegenbringen. Drum, Deutsche, seid stark und männlich, gedenkt, was unsre Vorfahren vor hundert Jahren an grausamem Schicksal ertragen und wie sie dieses schließlich doch mit zähem Willen und fester Hand gemeistert haben. Wollen wir uns ihrer unwürdig erweisen? Nur wenn wir den Kopf hoch tragen, nur wenn wir bis zum Letzten die notwendigen Opfer zu bringen bereit und imstande sind, wird der Feind bei den bevorstehenden Verhandlungen es sich verlegen, uns zu drücken und zu knechten. Noch haben wir unser Geschick und unsre Zukunft fest in der Hand. Und den Schleier der kommenden Jahre kann niemand läuten; es können Entwicklungen dahinter verborgen sein, bei denen das deutsche Volk, wenn es seine Erfolgschance nicht verloren, aber auch nur dann, ein entscheidendes Wort zu sprechen in die Lage kommen kann.

So wollen wir auch jetzt, wo das Reich uns zu weiteren geldlichen Opfern auffordert, uns nicht mutlos und voller Zweifel zurückhalten, sondern wie bisher jeder nach seinem Können, und noch mehr als das, beitragen, auf dass der Feind darin klar und deutlich den zähnen Willen des deutschen Volkes erkenne, sein Vaterland, das uns in seiner Schönheit und hohen Kultur über Alles liebt und wert geworden ist, das wir so oft in hoher Begeisterung besungen, für dessen herrliche Zukunft so viele hunderttausende Männer und Jünglinge ihr Leben und ihre Schönheit geopfert haben, bis zum Neuersten zu schützen und zu schirmen. Deutsches Volk, erkenne die Zeichen der Zeit und das Gebot der jetzigen ernsten Stunde!

Der Stadtrat.

Bürgermeister Dr. Zinner.

I. Diphterie-Sera mit den Kontrollnummern:

1844 bis 1852 einschließlich, geschrieben: „Eintausendachtundhundertvierundvierzig bis Eintausendachtundhundertsechzehn einschließlich“, aus den Höchster Farbwerken, 361, geschrieben: „Dreiundhundertsechzehn einschließlich“, aus den Meidlichen Farben in Darmstadt, 465 bis 472 einschließlich, geschrieben: „Vierhundertfünfundfünfzig bis Vierhundertzweiundfünfzig einschließlich“, aus dem Serum-Laboratorium Rieke-Enoch in Hamburg, 268 und 259, geschrieben: „Zweihundertfünfundfünfzig und Zweihundertneunundfünfzig“, aus der Farbit vornehmlich E. Schering in Berlin, 27 bis 38 einschließlich, geschrieben: „Siebenundzwanzig bis Achtunddreißig einschließlich“, aus den Farben-Werken in Marburg, 169 bis 174 einschließlich, geschrieben: „Einundhunderneunundfünfzig bis Einundhundertvierundfünfzig einschließlich“, aus dem Sächsischen Serum-Werk in Dresden und, soweit sie nicht bereits früher wegen Abholzung usw. eingesogen sind, vom 1. Oktober d. J. ab wegen Ablaufes der staatlichen Gewährsdauer zur Einziehung bestimmt worden.

Deutschlands Antwort an Wilson

Der Vorstand der Note
a Berlin, 12. Oktober. (Amtlich.) In Beantwortung
der Fragen des Präsidenten der Vereinigten Staaten von
Amerika erklärt die deutsche Regierung:

Die deutsche Regierung hat die Sache angenommen, die Präsident Wilson in seiner Ansprache vom 8. Januar und in seinen späteren Ansprachen als Grundlage eines dauernden Rechtsfriedens niedergelegt hat. Der Zweck der einzuleitenden Verhandlungen wäre also lediglich der, sich über praktische Einzelheiten ihrer Anwendung zu verständigen.

Die deutsche Regierung nimmt an, dass auch die Regelungen der mit den Vereinigten Staaten verbündeten Mächte sich auf den Boden der Kundgebungen des Präsidenten Wilson stellen.

Die deutsche Regierung erklärt sich im Einvernehmen mit der österreichisch-ungarischen Regierung bereit, zur Herbeiführung eines Waffenstillstandes den Räumungsvorschlägen des Präsidenten zu entsprechen. Sie stellt dem Präsidenten entgegen, den Zusammenschluss einer gemeinsamen Kommission zu veranlassen, der es obliegen würde, die zur Räumung erforderlichen Vereinbarungen zu treffen.

Die jetzige deutsche Regierung, die die Verantwortung für

den Friedensschritt trägt, ist gebildet durch Verhandlungen und in Übereinstimmung mit der großen Weisheit des Reichstages. In jeder seiner Handlungen, gestützt auf den Willen dieser Weisheit, spricht der Reichslandrat im Namen der deutschen Regierung und des deutschen Volkes.

(gez.) Solf, Staatssekretär des Auswärtigen Amtes.

Nun haben wir an Wilson, unser Einverständnis mit seinen Vorschlägen erklärt und auch in die Räumung der befreiten Gebiete eingewilligt. Damit haben wir das Höchstmah der Zugeständnisse erreicht, die ein unbesiegter Gegner, dessen Heere schlagfertig ist in Feindesland stehen, machen kann. Nun möge aber auch Präsident Wilson beweisen, dass es ihm ernst ist mit seiner Note als Friedensvermittler und mag er sich auch auf die Zugeständnisse, die Deutschland ihm macht, jenen Verbündeten gegenüber festlegen und sich sagen, dass er das Neuerste aus uns herausgeholt hat, was nur denkbare war. Dass es ausgeschlossen ist, dass wir Elsaß-Lothringen herausgeben, das dürfte wohl auch unseren Gegnern klar sein, denn Elsaß-Lothringen ist nur einmal ein Stück von Deutschland, ist es schon seit Alters her gewesen. Mit ihm haben wir uns 1870 nur uns geraubtes Gut wieder genommen, das uns durch den Frieden von Kyawyd entzogen worden war,

Was nun die Räumung der befreiten Gebiete anbelangt, so müssen wir die Verantwortung dafür in ihrer ganzen Tragweite der Regierung und der Obersten Heeresleitung überlassen. Wenn diese von dem Standpunkte ausgehen, dass die Verhandlungen unbedingt zu einem Frieden führen werden, so läuft sich gegen die Räumung nichts sagen, denn das, was in politischer Hinsicht ohnedies beim Friedensschluss zu einer Räumung kommen müsste, liegt schon darin begründet, dass deutscherseits von sehr betont worden ist, dass für uns der Krieg kein Anzeckenskrieg sein solle. — Wenn wir also heute den Gegnern weitestgehende Zugeständnisse machen, so tun wir es einstellt in dem festen Bewusstsein, dass unsere Heere unbesiegte, unsere Front ungebrochen besteht, tun es aber auch in der bestimmten Erwartung, dass Wilson auch voll und ganz für einen dauernden Rechtsfrieden eintritt und dass nicht die Räumung der befreiten Gebiete im Falle eines Scheiterns der Verhandlungen uns zum Verhängnis wird.

Der Einbeck in Amerika

a Haag, 13. 10. Reuter meldet aus Washington: Die Antwort Deutschlands ist durch die offiziellen Kanäle an Präsident Wilson unterwegs. Zur Kenntnisnahme des aufdringlichen Wege bekannt gewordenen Wortlautes der deutschen Note wird in offiziellen Archiven Washingtons erläutert;

61